



## F a k t e n u n d A r g u m e n t e



*Angela Merkel: Über 280.000 Straftaten im letzten Jahr – eine Tatsache die eine deutliche Sprache spricht. Hamburg ist Kriminalitätshauptstadt. Deswegen ist es richtig, dass wir heute hier in Hamburg zu unserem Kongress Innere Sicherheit zusammengekommen sind.*

CDU-KONGRESS ZUR INNEREN SICHERHEIT

### Angela Merkel: Der Staat muss **Flagge zeigen**

„In Hamburg muss die Welt wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden“, forderte die Parteivorsitzende gleich zu Beginn des CDU-Kongresses zur Inneren Sicherheit am 3. September.

Mit unsinnigen „Regeln und Regulierungen“, die Freiheit und Kreativität beschneiden, ist Rot-Grün sehr schnell bei der Hand. Bei der

Inneren Sicherheit jedoch, wo der Staat tatsächlich gefragt wäre, übt die Schröder-Regierung vornehme Zurückhaltung. Mehr noch: Mit der Bagatellisierung von Straftaten wird die Grenze zu schweren Verbrechen immer weiter hinausgeschoben, und die Sicherheit der Bürger bleibt auf der Strecke. (Seite 3)

#### INHALT

##### ARBEITSMARKT

Laurenz Meyer:  
Schluss mit  
der Traumtänzeri  
SEITE 4

##### PAUL BREUER:

Scharping gefährdet die  
Sicherheit unserer  
Soldaten in Mazedonien  
SEITE 5

##### DOKUMENTATION

Wortlaut der Reden von  
Angela Merkel, Ole von  
Beust und Jörg Schönbohm  
auf dem Kongress Innere  
Sicherheit in Hamburg  
INNENTEIL

■ Rund um den Euro (Seite 7) ■ Klaus Lippold: Bundesverkehrsminister Bodewig ist Eichels Kassenwart - ein schlüssiges Mobilitätskonzept aber fehlt (Seite 8) ■ Wolfgang Lohmann und Georg Faust zu Regierungsplänen zur Krankenhausfinanzierung: Im Interesse der Patienten: Budgetierung im stationären und ambulanten Bereich beenden (Seite 9) ■ Annette Widmann-Mauz: Sozialhilfeabhängigkeit allein erziehender Frauen dauerhaft beenden (Seite 10) ■ Bürgerschaftswahl am 23. September in Hamburg (Seite 14) ■ Abgeordnetenhauswahlen: am 21. Oktober in Berlin (Seite 15) ■ Dirk Fischer: Berlin und die Region brauchen einen Großflughafen (Seite 16) ■ Jochen Borchert zum islamischen Religionsunterricht an Berliner Schulen (Seite 17) ■ Ehrenamt: Zwei Bewerbungen zum Beispiel um den „CDU-Bürger-Preis“ (Seite 18-19)

## Schallende Ohrfeige für die rot-grüne Regierung

**Zum neuesten Gutachten des Sachverständigenrates für das Gesundheitswesen erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:**

Der Sachverständigenrat für das Gesundheitswesen unterstreicht den dringenden Reformbedarf in der Gesundheitspolitik. Die Kritik der Experten insbesondere an der Budgetierungspolitik ist eine schallende Ohrfeige für die rot-grüne Bundesregierung. Die Bundesregierung ist mit ihrer Politik den falschen Weg gegangen, der zur Rationierung und Fehlsteuerung im Gesundheitswesen und damit zu einer Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland geführt hat.

Die Defizite in Milliardenhöhe werden die Krankenkassen nach Meinung der Experten nur durch stark steigende Beiträge auffangen können. Zu diesen Fehlbeiträgen haben auch die

mehreren Milliarden beigetragen, die den Versicherungen durch die Beschlüsse der Bundesregierung an versicherungsfremden Leistungen aufgebürdet wurden. Trotz der dramatischen Entwicklung lehnt die Bundesgesundheitsministerin nach wie vor eine rasche und umfassende Gesundheitsreform ab. Sie ignoriert damit bewusst den Ernst der Lage und verschärft die Situation unnötig. Ein solches Verhalten ist unverantwortlich.

Da jetzt feststeht, dass diese Parteitaktik zu dramatisch schlimmen Ergebnissen für die Patienten und Versicherten führt, muss die Regierung endlich grundsätzliche Reformen angehen.



### IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 60,— DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

## Auch neue Formen der Kriminalität wirkungsvoll **bekämpfen**

**Angesichts der Besorgnis erregenden Zunahme jugendlicher Straftäter und der Kriminalität ausländischer Bürgerinnen und Bürger forderte die Parteivorsitzende dazu auf, sich unvoreingenommen mit den Gruppen in der Gesellschaft zu beschäftigen, die gewalttätig und kriminell sind oder auch nur als gefährdet gelten.**

Damit würde nämlich die Bekämpfung der Kriminalität durch Verbrechensverbeugung ergänzt. „Und Prävention“ – so Angela Merkel in ihrer Rede auf dem Kongress – „bedeutet auch Stärkung der Familien, Erziehung der Kinder und Jugendarbeit. Wir brauchen für jeden Menschen in unserem Land einen Platz.“

Damit nicht genug: Um jeden Einzelnen seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechend fördern zu können, – müsse das gegliederte Schulsystem beibehalten werden – und müssen auch die Kinder ausländischer Bürger eine Chance haben, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen.

Die Parteivorsitzende



sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, das Nachzugsalter für ausländische Kinder zu senken, um sie auf diese Weise besser in die deutsche Gesellschaft integrieren zu können.

Die dringend notwendige Schaffung von Arbeitsplätzen, die Voraussetzung für erfolgreiche Eingliederung sind, wird leider nicht energisch genug vorangetrieben, weil Rot-Grün „lie-

In 2 Wochen wählen die Hamburger eine neue Bürgerschaft. Nach 4 Jahrzehnten SPD könnte ein bürgerlicher Senat die Richtung in der Hansestadt bestimmen. Über 800 Gäste auf dem CDU-Kongress sind dafür ein viel versprechendes Signal.

ber eine ruhige Kugel schiebt“, als die Hände dafür zu bewegen.

Besonders bei Bekämpfung der Kriminalität von Jugendlichen kommt es darauf an, dass Tat und Strafe möglichst zusammenfallen. Denn nur eine schnelle Bestrafung mache auf die meisten Jugendlichen Eindruck, aber keine Verurteilung erst nach vielen Monaten.

Globalisierung und weltweite Vernetzung haben neuen Formen der Kriminalität hervorgebracht. Um auch sie künftig wirksamer bekämpfen zu können, sprach sich die Parteivorsitzende für EU-weite Verbrechensbekämpfung aus, zu der auch die Überwachung von Wohnungen gehöre, wenn es Hinweise auf organisierte Kriminalität gebe.

Wie oft mache sich der Staat „lächerlich“, wenn die Polizei im Vergleich mit der „Hochrüstung“ international operierender Banden nur unzulänglich ausgerüstet ist. Angela Merkel forderte deshalb für die deutschen Polizisten die besten Autos, die besten Computer und die beste Ausbildung. **UD**

# Laurenz Meyer: Schluss mit der Traumtänzeri

Die aktuellen Arbeitslosenzahlen belegen, dass Schröders Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Praxistest versagt hat. Mehr als markige Worte, Ankündigungen und haltlose Versprechungen kann der Bundeskanzler offensichtlich nicht. 3,8 Millionen Menschen haben keinen Job und wollen arbeiten. Schröder hat einen Job und will nicht arbeiten.

Erstmals übersteigt die Arbeitslosenquote in einem Monat wieder den Wert des Vorjahresmonats. 250.000 Menschen haben im ersten Halbjahr 2001 durch Konurse ihren Arbeitsplatz verloren. Statt zu handeln, verharret der Kanzler bei seiner Politik der ruhigen Hand und setzt auf das Prinzip Hoffnung. Schröder samt Wirtschaftsminister entpuppt sich zunehmend als Traumtänzer, Schröders Amtszeit als Politik der verpassten Gelegenheiten.

Verlässlichkeit und Berechenbarkeit will der Kanzler für sich in Anspruch nehmen. Das Einzige, worauf sich der Jobmotor Mittelstand verlassen kann, ist

”

*3,8 Millionen Menschen haben keinen Job und wollen arbeiten. Schröder hat einen Job und will nicht arbeiten.*

seine massive Belastung durch die Schaffung rot-grüner bürokratischer Bremsklötze. Die Union hat ihr Konzept für mehr Wachstum und Beschäftigung vorgelegt. Der Kanzler muss endlich die Hände aus dem Schoß nehmen und die Probleme anpacken, anstatt hilflos zuzuschauen. Die Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch.

Die Zahlen zeigen das Ausmaß des Versagens

**Zu den Arbeitsmarktzahlen im August erklärten Karl-Josef Laumann und Birgit Schnieber-Jastram:**

■ Gegenüber dem Vormonat ist die Arbeitslosigkeit um 10.000 gesunken, das ist

der geringste Wert seit Regierungstritt Schröders von Juli auf August eines Jahres.

■ Zum erstenmal seit April 1998 ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen.

■ Ein besonders beunruhigendes Zeichen ist, dass die Schwäche auf dem Arbeitsmarkt jetzt auch die alten Bundesländer erreicht hat. Dort ist die Arbeitslosigkeit auch gegenüber Juli 2001 gestiegen. In den neuen Bundesländern kommt der Arbeitsmarkt nach wie vor nicht voran.

■ Gegenüber dem Vorjahresmonat ist die Zahl der Kurzarbeiter in Deutschland um beinahe 50% gestiegen.

■ Die Zahl der gemeldeten Stellen ist um 6,5% gegenüber dem Vorjahresmonat zurückgegangen, das ist ein Rückgang um mehr als 20.000.

■ Die Arbeitslosigkeit der jüngeren Menschen unter 25 Jahren ist gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,2% gestiegen.

<http://>

Weitere Stellungnahmen zum Arbeitsmarkt:  
[www.cducsu.bundestag.de](http://www.cducsu.bundestag.de)

PAUL BREUER:

# Scharping **gefährdet** die Sicherheit unserer Soldaten in Mazedonien

**Im Verteidigungsausschuss hat Scharping nicht gewusst, dass deutschen Soldaten ein Verbot erteilt werden sollte, die Zivilbevölkerung in Mazedonien vor Übergriffen und Massakern im Wege der Nothilfe zu schützen.**

In völliger Unkenntnis der Lage bestritt Scharping dies zunächst und musste vor dem Ausschussplenum während der Sitzung vom Generalinspekteur korrigiert werden. Die CDU/CSU setzte die Veränderung der Handlungsbefehle durch.

Gleich am nächsten Tag verriet Scharping auf einer Pressekonferenz in Mazedonien die Einmarschrouten der Bundeswehr aus dem Kosovo über Blace nach Mazedonien. Wieder musste die Generalität Scharping vor laufenden Kameras korrigieren. Die Route wurde geändert, um die Gefahr von Hinterhalten oder Provokationen auszuschließen.

Die Folge: Schweres Gerät wurde über eine Passstraße bei erheblichem Risiko und mit großen Anstrengungen transportiert.



*Ein Verteidigungsminister, der seinen Urlaub mehr im Kopf hat als seine Fürsorge für die Soldaten, ist eine Belastung für die Bundesregierung.*  
Laurenz Meyer

DIETRICH AUSTERMANN:

## Regierung **missachtet** Parlament

Eichel und Scharping betrachten offensichtlich die Flugbereitschaft der Bundeswehr als ihr Eigentum. Dereine benutzt sie, um zum Beispiel zu privaten Geburtstagsfeiern zu fliegen, der andere benutzt sie für andere private Zwecke.

Doch damit nicht genug: Die Bundesregierung insgesamt missachtet in eklatanter Weise den Parlamentswillen. Auf dem Höhepunkt der Eichelschen Flugaffäre hatte der Haushaltsausschuss im Januar 2001 auf Antrag von Rot-Grün be-

schlossen: Zum Haushalt 2002 sind die Kosten der Flugbereitschaft nach dem Kostenverursacherprinzip auf die einzelnen Anforderungsberechtigten umzulegen, d.h. die Ausgaben für die Flugbereitschaft dezentral in den Einzelplänen der Nutzer zu veranschlagen.

Diesen Beschluss hatten die Beamten im Bundesfinanzministerium umgesetzt, indem im Kabinettsentwurf des Bundeshaushalts 2002 in jedem Einzelplan ein Titel Nutzung der Flugbereitschaft sowie vergleichbarer Flüge enthalten war. Doch sie hatten die Rechnung ohne das Kabinett gemacht. Auf massiven Protest von Kabinettsmitgliedern wurde dieser Titel gestrichen und ist in dem dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Haushaltsentwurf nicht mehr enthalten.

Dieser Vorgang verdeutlicht in drastischer Weise, mit welcher Arroganz und Überheblichkeit die Bundesregierung den Parlamentswillen missachtet. Offensichtlich sollen die Flugkosten verschleiert werden.

UD

# CDU-Kommission präsentiert Internet-Strategie „aus einem Guss“

Die CDU hat jetzt als erste Partei in Deutschland eine umfassende Internet-Strategie präsentiert. Mit 47 Forderungen wird im Abschlussbericht der CDU-Internet-Kommission, die von Laurenz Meyer und Thomas Heilmann geleitet wurde, der konkrete Handlungsbedarf der Politik zum Thema Internet benannt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich auf die Bereiche Wirtschaft, Steuern, Bildung, Sicherheit und E-Government.

Der Bericht unter dem Motto „Chancen@Deutschland“ wurde am 30. August in Berlin vom Internet-Sprecher der CDU, Professor Thomas Heilmann, der Parteivorsitzenden, Angela Merkel, überreicht.

## Wichtige Impulse, um die „Teilhabe für Alle“ umzusetzen

Ziel zukünftiger Internet-Politik müsse es sein, die „Möglichkeiten des Internets in allen Lebensbereichen optimal nutzbar zu machen“

ERKLÄRUNG  
ANLÄSSLICH  
DER PRÄSEN-  
TATION DES  
ABSCHLUSS-  
BERICHTS  
DER INTER-  
NET-KOMMISSION  
DER CDU

Chancen



Deutschland

und den „Standort Deutschland als moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft zu sichern“, sagte Angela Merkel. Der CDU-Maßnahmenkatalog sei dafür ein überaus „substanzielles Papier“. Bisher habe die Bundesregierung kein politisches Gesamtkonzept, das die Herausforderungen des Internets aufgreife. Die CDU präsentiere heute eine Internet-Strategie „aus einem Guss“. Der Bericht der Internet-Kommission gebe wichtige Impulse, „um auch in der Informationsgesellschaft die Vision Ludwig Erhards, „Teilhabe für alle“, umzusetzen.

„Es sind eine Menge neuer Empfehlungen, die wenig kosten, aber sehr wirkungsvoll sind“, sagte Inter-

net-Sprecher Prof. Thomas Heilmann zu den Maßnahmen des Internet-Berichts. Nur wer die Chancen der neuen Informations- und Kommunikationstechnolo-

gien nutze, gewährleiste die Zukunft des Standortes Deutschland und die Entwicklungsmöglichkeiten jedes Einzelnen. Heilmann weiter: „Die Internetpolitik der Bundesregierung ist weitgehend erfolglos. Eine Medienecke in öffentlichen Bibliotheken hier und ein Internetführerschein für Arbeitslose dort verhelfen der Basistechnologie Internet nicht zum notwendig schnellen Durchbruch zum Massenmedium.“

## Umfassende Strategie statt unkoordinierter Einzelmaßnahmen

Deshalb brauche man „mehr Politik fürs Internet“ in Form einer umfassenden

Internet-Strategie statt „unkoordinierter Einzelmaßnahmen“.

Zu den im Bericht der CDU-Internet-Kommission dargestellten Maßnahmen gehören u.a. die Forderung nach erheblichen Anpassungen im deutschen Steuerrecht, einem Patentschutz für Software bei Offenlegung der Sourcecodes, einer deutschlandweiten „flatrate“ beim Zugang zum Internet, einem Gütesiegel der IT-Branche für vorbildliche Sicherheitstechnik sowie mehr Internet in der Interaktion zwischen Bürger und Staat – in der Verwaltung als auch beim politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess.

## 19 Experten

Die CDU-Internet-Kommission wurde im Sommer 2000 eingesetzt, um den aus der Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien resultierenden politischen Handlungsbedarf aufzuzeigen. Der Kommission gehören 19 Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft an.

http://

Der gesamte Abschlussbericht mit dem Maßnahmenkatalog ist unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de) abzurufen

## Informationen und Tipps zur Einführung der neuen Währung

**Die Einführung des Euro ist ein großer Schritt zur Politischen Union Europas. Sie schafft die Voraussetzung für ein weiteres Zusammenwachsen Europas als Gemeinschaft für Stabilität und Wohlstand. 150 Tage vor der Einführung der Euro-Münzen und Banknoten sind aber für die Bürgerinnen und Bürger noch viele Fragen offen.**

Im Internet hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Daten- und Faktensammlung zu aktuellen Fragen rund um unser neues Geld erstellt.

### Stabiler Euro

■ Heute kann man feststellen, dass die europäische Geldpolitik die Bewährungsprobe bestanden hat. (Bundesbankpräsident Welteke)

In der Tat, die Preissteigerung in Deutschland betrug in den 50 Jahren der D-

Mark im Durchschnitt jährlich 2,4%; der Euro ist stabiler. Seit 1997 konnte die Preissteigerung im Euro-Raum dreimal hintereinander unter 2% gehalten werden: 1999 betrug sie 1,1%, im Jahr 2000 allerdings 2,3%. Die derzeitigen

stabilitätspolitischen Risiken und die voraussichtliche Inflationsrate von ca. 2,4% im Jahr 2001 veranlassen die Europäische Zentralbank (EZB) zurecht zu einer strikten Geldpolitik im Sinne der Preisstabilität.

Der Stabilitätsgewinn in Europa beflügelt die Wirtschaft: Die Zinsen im Euro-Raum haben sich auf niedrigerem Niveau stabilisiert, der Handel ist berechenbar geworden. Die Konsolidierung öffentlicher Haushalte schreitet voran.

**Klicken Sie unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de) auf dieses Logo:**



# Bodewig ist Eichels Kassenwart – schlüssiges Mobilitäts**konzept** fehlt

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert Bundesverkehrsminister Bodewig auf, endlich ein schlüssiges Konzept zur langfristigen Sicherung von Mobilität und zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur vorzulegen. Die aktuellen Aktivitäten des Ministers überzeugen nicht:**

■ Das eigentlich sinnvolle Projekt der streckenbezogenen Lkw-Maut wird durch Bodewigs lückenhaften Gesetzentwurf zum reinen Abkassierinstrument. Obwohl die Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch die Straße – Mineralölsteuer, Kfz-Steuer u.a. – mit rund 100 Mrd. DM bereits heute mehr als dreimal so hoch sind wie das, was Bund, Länder und Gemeinden für Bau und Unterhalt von Straßen ausgeben, soll die Maut ohne Ausgleich erhoben werden und nur zu einem Bruchteil in die Verkehrswege fließen. Mit der Freigabe der Maut für den allgemeinen Haushalt macht sich Bodewig zum Kassenwart des Finanzministers.

■ Mit einer Vielzahl von undurchsichtigen Programmen wird der notwendige zügige Ausbau des Bundesfernstraßennetzes verschoben. Publikumswirksame Reden Bodewigs über das sogenannte Anti-Stau-Programm verschleiern, dass die Finanzierung der entsprechenden Maßnahmen durch die Einnahmen aus der geplanten streckenbezogenen Lkw-Maut auf wackligen Füßen steht. Denn abgesehen von den Fehlern im Gesetzentwurf ist Bodewig in Zeitverzug, da er die Ausschreibung zur Einrichtung der erforderlichen Technik immer noch nicht abgeschlossen hat.

---

## Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert:

■ Den tatsächlichen Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur und nicht bei populären Ankündigungen stehen bleiben.

■ Nachbesserungen beim Gesetzentwurf für die elektronisch erhobenen, streckenbezogenen Lkw-Straßenbenutzungsgebühr: Die



Gebühr muss für das deutsche Güterverkehrsgewerbe wettbewerbsverträglich ausfallen, sie darf nicht einfach auf die schon vorhandenen Belastungen aufgesattelt werden. Die Regelung des entsprechenden Ausgleichs muss im Gesetz verankert sein. Die Einnahmen aus der Gebühr müssen vollständig für die Finanzierung der Straßeninfrastruktur ausgegeben werden. Auch das muss im Gesetz festgeschrieben werden.

■ Die Vorlage eines Gesamtkonzeptes für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen – unter Berücksichtigung des Berichts der Kommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ („Pällmann-Kommission“), der im Auftrag des Bundesverkehrsministers erarbeitet wurde.



WOLFGANG LOHMANN UND GEORG FAUST:

## Im Interesse der **Patienten:** Budgetierung beenden

**Zum Kabinettsbeschluss, nach dem ein neues Fallpauschalen-Abrechnungssystem eingeführt werden soll, erklärten der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der für Krankenhausfragen zuständige Berichterstatter:**

Bei diesen sog. „Diagnosis Related Groups (DRGs) handelt es sich um die gravierendste Veränderung im Finanzierungssystem für Krankenhäuser in der Bundesrepublik. Die Krankenhäuser und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben bei der rot-grünen Bundesregierung keinen hohen Stellenwert.

Weder berücksichtigt Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt die zu erwartenden Systemanpassungskosten in Höhe von mehr als 450.000 DM pro Krankenhaus noch den Bedarf an Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um sich seriös und im Rahmen einer ausreichenden Zeitspanne auf dieses neue System vorzubereiten. Auch in der Frage der notwendigen Finanzierung zur

Umsetzung des Urteils der Europäischen Gerichtshofes zur ärztlichen Arbeitszeit schweigt sich die Ministerin weiterhin aus.

Sollte es zu dem von Gesundheitsstaatssekretär Klaus Theo Schröder gewünschtem Abbau von 100.000 Krankenhausbetten kommen und sollten somit gerade die kleinen Krankenhäuser geschlossen werden, könnte das die viel gepriesene wohnortnahe Versorgung von älteren und schwerkranken Patientinnen und Patienten gefährden.

Auch im Kabinettsbeschluss zum Fallpauschalensystem ist weiterhin eine Deckelung des Krankenhausbudgets vorgesehen. Die Möglichkeit der Absenkung des durchschnittlichen Basisfallwertes für Leistungen hat zwangsläufig zu Folge, dass bei steigender Leistungszahl und konstanter Geldmenge für die Vergütung dieser Leistungen die Vergütung für einzelne Leistungen sinkt.

In diesem Zusammenhang sind die Sorgen der Ärzteschaft nicht von der Hand zu weisen. Aufgrund



W. Lohmann



G. Faust

der pauschalierten Vergütungen werde die Verweildauer in den Krankenhäusern erheblich reduziert und die Patienten müssten verfrüht, also „blutig“ entlassen und dann ambulant weiter versorgt werden. Weil die Honorare der niedergelassenen Ärzte weiterhin budgetiert sind, werden sie ihre Patienten wieder ins Krankenhaus einweisen. Dies belegen statistische Zahlen aus Österreich. Diese Entwicklung würde eine Spirale in Gang setzen, bei der letztlich die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung des Patienten auf der Strecke bliebe.

Im Interesse von Patienten und Versicherten fordern wir daher die rot-grüne Bundesregierung auf, die Budgetierung im stationären Sektor und im ambulanten Bereich zu beenden. **UD**

## Sozialhilfeabhängigkeit allein erziehender Frauen dauerhaft **beenden**

Nach den vom Statistischen Bundesamt bekannt gegebenen Zahlen stagniert der Prozentsatz der Frauen, die im Jahr 2000 Sozialhilfe empfangen haben, wie im Jahr 1999 bei 56,7 Prozent. Dabei stieg der Anteil der alleinerziehenden Frauen an allen Haushalten, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, von 22,9 Prozent (1999) auf 23,5 Prozent im Jahr 2000. Da die Zahl der Sozialhilfeempfänger insgesamt gesunken ist, offenbart dieser Anstieg des Anteils der alleinerziehenden Frauen an allen Bedarfsgemeinschaften die Tatenlosigkeit der Bundesregierung gegenüber frauenspezifischen Problemen.

Vor allem jüngere alleinerziehende Mütter mit Kindern unter sechs Jahren sind auf Sozialhilfeleistungen angewiesen, obwohl sie in den meisten Fällen gerne einer Erwerbstätigkeit nachgehen würden. Und hier liegt die Wurzel des Problems: Fehlende Betreuungsmöglichkeiten und Mobilitätshilfen machen Müttern die Erwerbstätigkeit nahezu unmöglich.



Vor diesem Hintergrund begrüße ich ebenso wie der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Hellmut Puschmann, die Überlegungen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, Frauen durch eine individuelle Hilfestellung und durch die Vermittlung von Kinderbetreuungsplätzen aus der Sozialhilfe zu helfen. Denn es ist richtig: Sozialhilfe ist kein Lebensstil.

Ob das Wisconsin-Modell insgesamt Lösungsansätze für die Probleme von Sozialhilfeempfängerinnen in Deutschland bietet, gilt es noch im Einzelnen zu prüfen. Als problematisch ist in diesem Zusammenhang in jedem Fall die Frage nach Sanktionen gegenüber Müttern anzusehen, die sich zeitlich begrenzt voll und ganz auf die Erziehungsarbeit

konzentrieren wollen. Ein deutsches Modell muss in dieser Fragestellung dem Grundsatz treu bleiben, dass die Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern weiterhin auf Freiwilligkeit beruht und die Erziehungsarbeit als wichtiger und wertvoller Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft gewertet wird.

Für durchaus erwägenswert halte ich den Ansatz der Individualisierung der Hilfestellungen für Frauen und die Möglichkeit intensiver Weiterbildungsmaßnahmen, die es gerade jungen Frauen ermöglichen können, sich langfristig von staatlicher Unterstützung unabhängig zu machen. Kinderbetreuungsmöglichkeiten nach den individuellen Bedürfnissen der Eltern und Mobilitätshilfen müssen integraler Bestandteil der Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sein.

Mit dem geplanten Familiengeld untermauert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Anspruch, Mütter und Kinder aus der

Sozialhilfe zu führen. Mit 1200 DM vom 1. bis zum 3. Lebensjahr und von 600 DM vom 3. bis zum 18. Lebensjahr werden Familien erheblich entlastet. Dieses Familiengeld soll unabhängig vom Umfang der Erwerbstätigkeit oder der Einkommenshöhe geleistet werden und steuer- und sozialabgabenfrei sein sowie dynamisiert gestaltet werden.



### Jedenfalls ein Ausweg

Diese Konzeption bietet Eltern und insbesondere alleinerziehenden Frauen die wertvolle Möglichkeit, ganz individuell darüber zu entscheiden, ob sie sich ausschließlich der Erziehungsarbeit widmen wollen oder eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf anstreben, deren Realisierung mit dem Familiengeld grundlegend erleichtert wird. In jedem Fall wird Kindern und Müttern der Weg aus der Sozialhilfe eröffnet.

Von Seiten der Bundesregierung wurden bislang in dieser wichtigen Frage noch keine tragfähigen Konzepte vorgelegt. Im Gegenteil: Die von der Regierung geplante Abschmelzung des Haushaltsfreibetrages bei Alleinerziehenden wird deren Situation noch verschlechtern.

### Gescheitert

■ Zu Beginn ihrer Amtszeit hat die Bundesgesundheitsministerin alle Schleusen für die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung geöffnet, aber nicht gleichzeitig eine strukturelle Reform auf den Weg gebracht. Die Lasten müssen Patienten und Beitragszahler tragen. **Horst Seehofer**, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU, **Wolfgang Lohmann**, Vorsitzender der AG Gesundheit, und **Wolfgang Zöller**, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe: „Die Ministerin ist auf der ganzen Linie gescheitert. Wir rufen sie zu einer sofortigen Kurskorrektur auf, damit das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung im nächsten Jahr nicht noch drastischer ausfällt.“

### Nur Ankündigungen

■ Noch am 15. August hat der Bundeswirtschaftsminister im Bundeskabinettt dem Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts zugestimmt, wonach Personenunternehmen bei einer Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften nur dann Gewinne steuerfrei zurückstellen können, wenn sie innerhalb von zwei Jahren wieder in andere Kapi-

talgesellschaften investiert werden. Jetzt plötzlich befürwortet er – zu Recht – die Steuerbefreiung auch in Fällen, in denen der Erlös betriebsintern investiert werden soll. **Hansjürgen Doss**, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Den Interessen des Mittelstands wäre gedient, wenn sich der Minister, statt immer hinterherzuhinken, endlich auch einmal im Kabinett durchsetzen würde.“

### Offenbarungseid

■ Schon im Vorfeld der Veröffentlichung des Energieberichts der Bundesregierung zeichnen sich die Schwierigkeiten ab, mit denen Rot-Grün offensichtlich nicht fertig wird. **Kurt-Dieter Grill**, Berichterstatter der CDU/CSU für Energiepolitik: „■ Nach drei Jahren immer noch kein Konzept für die nationale Energiepolitik der nächsten 20 Jahre. ■ Kritik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an der Energie- und Klimapolitik der Regierung bestätigt. ■ Keine Mehrheit in der Koalition für die Politik des Wirtschaftsministers.“

### Falsche Entscheidung

■ Bundeswirtschaftsminister Müller ist nicht bereit, die Nacht- und Nebelaktion rückgängig zu machen, mit

der er die Fördermaßnahmen für die Nutzung erneuerbarer Energien eingeschränkt hat. Schon gar nicht kommt für ihn in Frage, die Mittelausstattung zu verbessern. Dabei haben viele Landwirte bei ihren investiven Entscheidungen mit der Förderung von Biogasanlagen gerechnet. **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Mit der Verschlechterung der Förderrichtlinie wird ihnen der Weg vom Land- zum Energiewirt verbaut. Ich fordere den Minister auf, die Kürzungen zurückzunehmen. Seine falsche Entscheidung wird für die Landwirtschaft verheerende Folgen haben.“

### Öffentlich demontiert

■ Bundesverkehrsminister Bodewig hat sich gegenüber Bahnchef Mehdorn nicht durchsetzen können. Zu einer konsequenten Trennung von Netz und Betrieb wird es beim Verkehrsträger Schiene deshalb nicht kommen. Bundeskanzler Schröder lässt die öffentliche Demontage seines Ministers zu. Wenn es trotzdem zu einem halbwegs vernünftigen Wettbewerb auf der Schiene kommen und die Schiene mit der Straße besser konkurrieren soll, dann müssen wenigstens bahntintern die vielfältigen Verflechtun-

gen zwischen Netz und Betrieb konsequent gekappt werden. **Dirk Fischer**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Das größte Schienenverkehrsunternehmen DB darf nicht länger über unfaire Wettbewerbsvorteile verfügen.“

### Höchste Priorität

■ Die Deutsche Bahn AG hat Schwierigkeiten, für den Ausbau der Schieneninfrastruktur bereit stehende Gelder in diesem Jahr noch zu verbauen. Gleichzeitig wird beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland um jede Mark gerungen. **Günter Nooke**, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU und Sprecher der Abgeordneten der neuen Bundesländer: „Ich fordere die Bundesregierung auf, frei werdende Finanzmittel für das Vorziehen von Infrastrukturinvestitionen in Ostdeutschland und den beschleunigten Ausbau der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zu verwenden. Außerdem muss der Ausbau der transeuropäischen Netze im Hinblick auf die bevorstehende EU-Osterweiterung mit höchster Priorität vorangetrieben werden.“

### Handeln statt reden

■ Seit Jahren propagieren rot-grüne Sportpolitiker ein

Anti-Doping-Gesetz als Allheilmittel gegen Doping im Sport. Nur bewegt haben sie bisher noch nichts. Und sie wissen auch, dass die Bundesregierung aus gutem Grund nichts unternehmen wird. Denn ein Gesetz mit dem Straftatbestand „Sportbetrug“ ließe sich nicht nur auf den engen Bereich Spitzensport begrenzen. Es müsste den Breitensport wie auch den Freizeitbereich erfassen und würde damit den Sport insgesamt kriminalisieren. **Klaus Riegert**, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Die Bundesregierung sollte besser auf Feldern aktiv werden, wo sich Doping wirkungsvoll bekämpfen lässt: ■ unverzüglich eine nationale Anti-Doping-Agentur mit weitreichenden Kompetenzen und angemessenen Finanzmitteln einrichten ■ unangemeldete Trainingskontrollen vorsehen ■ Doping-Forschung und Doping-Analytik in die Lage versetzen, auf neue Manipulationen zu reagieren ■ auf internationaler Ebene aktiver werden und mit den Spitzenverbänden des Sports dafür sorgen, dass Kontrollen und Sanktionen international einheitlich stattfinden: „In diesen Punkten ist der Bund unmittelbar gefordert. Aber Rot-Grün kneift.“

**UNION ÜBERHOLT** SPD. Das ergab die jüngste Forsa-Umfrage. Die Sozialdemokraten kommen jetzt auf 36 Prozent: ein Prozentpunkt weniger als in der Woche zuvor und der schlechteste Wert der SPD seit Oktober 1999. Die Union verbesserte sich erneut um einen Prozentpunkt und kommt jetzt auf 37 Prozent: bester Wert der CDU seit Juni 2000. Unverändert FDP, Grüne und PDS mit 10, 7 und 6 Prozent.

**NEGATIVE** Auswirkungen auf die Schaffung unbefristeter Vollzeitjobs haben Kündigungsschutz und betriebliche Mitbestimmung. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat erstmals den deutschen Arbeitsmarkt untersucht und festgestellt: Viele Unternehmen würden lieber befristete Verträge abschließen, um die teilweise durch das Arbeitsrecht entstehenden Kosten einer Kündigung zu umgehen. Auswirkung des 1996 gelockerten Kündigungsschutzgesetzes: weniger befristete Verträge als vor der Lockerung.

**LEICHT GESENKT** haben im vergangenen Jahr die Städte und Gemeinden ihre Gewerbesteuersätze und trotzdem so viel eingenom-

men wie 1999. Durchschnittlicher Hebesatz: 389 Prozent, knapp ein Punkt niedriger als ein Jahr vorher. Insgesamt 52,9 Milliarden Mark wurden auf diese Weise von den Betrieben kassiert. Die Erlöse aus der Grundsteuer auf Grundstücke steigerten sich um 2,5 Prozent auf 16,7 Milliarden Mark. Den höchsten Hebesatz hat mit 470 Prozent Hamburg genommen.

### STEUEREHRlichkeit

ist nach Meinung der meisten Deutschen auch eine Frage, wie gut man mit den Leistungen der Finanzämter klar kommt. Noten für deren Service: zwischen drei und vier. 60 Prozent der von Forsa Befragten geben an, dass sie eher in der Lage wären, eine richtige Steuererklärung abzugeben, wenn die Schreiben des Finanzamts verständlicher wären und sich die Finanzbeamten bei telefonischen Nachfragen mehr auf Besonderheiten des einzelnen Steuerfalls einließen.

**INNOVATIVE** Firmen in Ostdeutschland sind auf dem Vormarsch. Zwischen 1998 und 2000 stieg die Zahl der Forschung und Entwicklung (FuE) betreibenden Unternehmen um 18 Prozent auf 2.872. Trotzdem

### Verstimmtes Klavier

*Wir nutzen unser Steuerrecht, indem wir ihm virtuos schöne Klänge der Steuerersparnis entlocken. Notwendig wäre aber ein Klavierstimmer, der das Instrument auf die gesetzlich gemeinte Melodie einstimmt: Steuer zahlt, wer wirtschaftlich erfolgreich war, und nicht derjenige, der sich im taktischen Wettbewerb mit dem Finanzamt nicht clever genug verhalten hat.*

So der renommierte Steuexperte Prof. Paul Kirchhof in der September-Ausgabe von Reader's Digest

reicht dieses Wachstum, wie eine Studie der Forschungsagentur Berlin GmbH ermittelt hat, nicht aus, um den Anschluss an die Entwicklung im Westen zu erreichen, wo immer noch 93 Prozent der FuE-Kräfte arbeiten.

**UNPÜNTLICHER** als sie angibt, ist nach einem Test der Stiftung Warentest die Deutsche Bahn. Fast jeder siebte von 14.000 überprüften Zügen (13,7 Prozent) kommt mehr als 5 Minuten zu spät. Besonders hoch ist innerhalb des Nahverkehrs und zwischen Nah- und Fernverkehr das Risiko, den Anschlusszug zu verpassen. Anschlusssicherheit: 95 Prozent. **UD**

# Mit Ole von Beust **große Chancen** für einen Wechsel in der Hansestadt

Durch die jahrzehntelange Dominanz einer Partei sind Filz und Stillstand in wichtigen Bereichen Hamburgs an der Tagesordnung. Dies muss sich ändern.

Die Chancen dafür sind groß. Auch die letzte Umfrage im Auftrag des Hamburger Abendblatts und des NDR hat ergeben: Rot-Grün hat in dieser Stadt keine Mehrheit mehr – die Hamburger wollen den Wechsel.

Für den Neuanfang brauchen wir wahrscheinlich Bündnispartner. Je stärker die CDU in diesem Bündnis ist, desto stabiler wird es sein. Und umso mehr können wir bewirken.



[http://](http://www.cdu-hamburg.de)

Unter [www.cdu-hamburg.de](http://www.cdu-hamburg.de) finden Sie auch den neuen Kino- und TV-Spot der Hamburger CDU zur Bürgerschaftswahl am 23. September



## ■ Personalie

Die Bremische Bürgerschaft hat **Kuno Böse** (CDU) als Nachfolger von Bernt Schulte (ebenfalls CDU) zum neuen Innensenator gewählt (67 Ja-, 20 Nein-Stimmen). Böse übernimmt auch das Kultur- und Sportressort. Bis Anfang dieses Jahres war Böse Innenstaatssekretär in Berlin.

## ■ Wahlkreise

Bei der Bundestagswahl 2002 wird es nur noch 299 statt bisher 328 Wahlkreise geben. Die neuen Länder verlieren dabei 13 der insgesamt 29 gestrichenen Wahlkreise. - Im nächsten Bundestag werden nicht mehr wie bisher 666 Abgeordnete sitzen (mit Überhangmandaten), sondern nur noch 598.

## ■ Holter entlassen

Diese Forderung hat CDU-Landesvorsitzende Steffie Schnoor an Harald Ringstorff, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, gestellt: Anstatt etwas gegen den Anstieg der Arbeitslosigkeit im Land zu tun, sei der PDS-Mann nur mit dem Ausräumen von Begünstigungsvorfällen befasst.

# Am 21. Oktober unbedingt rot-grün-roten Senat verhindern

## Nur CDU haushaltspolitisch handlungsfähig

Während unter der SPD-Finanzsenatorin Fugmann-Heesing die Haushaltskonsolidierung nur begrenzten Erfolg hatte, konnte unter Finanzsenator Kurth mit dem Haushaltsplan 2001 das Haushaltsvolumen erstmals unter 40 Mrd. DM gehalten werden. Statt diesen Erfolg der großen Koalition herauszustellen, hat die SPD vor dem Hintergrund der Krise um die Bankgesellschaft Berlin das Thema dazu benutzt, den Koalitionsvertrag zu brechen. Ein eigenes finanzpolitisches Konzept der SPD ist bisher nicht bekannt. Die CDU hat dagegen mit ihrem Konsolidierungsprogramm 2001/ 2002 bewiesen, dass sie finanzpolitisch handlungsfähig ist.

## Deutsch-Türkisches Forum lobt Frank Steffel

Die Ausländerpolitik des CDU-Spitzenkandidaten hat Celil Senman, Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Fo-



rum der CDU Berlin, zum Anlass für ein „dickes“ Lob genommen:

Gleich nach seiner Berufung zum Fraktionsvorsitzenden habe er die Zusammenarbeit mit dem Forum, an dessen Gründung er großen Anteil hatte, intensiviert und das Thema Integration von Ausländern als eins der wichtigsten Themen für die Zukunft Berlins verstanden. Celil Senman: „Bei zahlreichen Zusammenkünften mit türkischstämmigen Bürgern hat Frank Steffel stets den positiven Beitrag der türkischen Community für die gesamte Gesellschaft unterstrichen.“

## Gespräch zur Lage im Gesundheits- und Hochschulwesen

Zu einem Meinungsaustausch ist Frank Steffel mit

dem ärztlichen Direktor der Charité, Prof. Dietel, und dem Dekan des Hauses, Prof. Dudenhausen, zusammengetroffen. Thema: die vom Übergangssenat beschlossenen Sparzwänge in Millionenhöhe. Außerdem ging es um Hochschulmedizin und die auf Langfristigkeit ausgerichtete Reform des Gesundheitswesens, die die CDU-Fraktion anstrebt.

Anlass zu diesem Meinungsaustausch: Steffel sowie andere Mitglieder der CDU-Fraktion haben in der Klinik Blut gespendet.

## CDU Canvassing mit rot-grüner Grütze

Über 300 Schälchen mit rot-grüner Grütze hat Generalsekretär Laurenz Meyer vor dem Ring-Center in Berlin-Lichtenberg verteilt.

Ein Parteimitglied hatte sich an den Herd gestellt und sie extra für das Canvassing gekocht. Gemeint ist damit im Hinblick auf den regierenden Übergangssenat: „Am 21. Oktober hat die rot-grüne Grütze ihr Verfallsdatum überschritten.“ **UD**

# Berlin und die Region brauchen international anerkannten **Groß**flughafen

**Zur neu aufgeflamnten Diskussion um den geplanten Großflughafen Berlin-Brandenburg-International in Schönefeld erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Im Zuge der internationalen Arbeitsteilung sowie der wirtschaftlichen und politischen Verflechtung sind gute Verkehrsverbindungen insbesondere im Luftverkehr äußerst wichtig.

Zudem stellen sie einen erheblichen Standortfaktor bei der Ansiedlung von solchen Industrien und Dienstleistungsunternehmen, auch administrativen Einrichtungen

dar, die international verflochten sind. Selbstverständlich ist auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die in zahlreichen internationalen Organisationen tätig ist, auf einen guten Luftverkehr angewiesen.

## Immer noch Anhänger sozialistischer Scheinidylle

Deshalb ist die erneute Diskussion um Schönefeld schädlich und beweist, dass die Gegner des Ausbaus den in über 40 Jahren Inseldasein und sozialistischer

Scheinidylle gewachsenen Berliner

Provinzialismus auch nach mehr als 10 Jahren des Mauerfalles noch nicht abgelegt haben. Der neue Großflughafen könnte den Beweis erbringen, dass es endlich gelingt das vereinigte Berlin wieder zu dem zu entwickeln, was es wieder werden muss: Eine dynamische, liebenswerte Großstadt von internationalem Rang und mit weltoffenem Flair.



**Arbeitsplätze im Anflug.**

SPD, PDS und Grüne gefährden Berlins Zukunftprojekt Nummer 1. Die CDU unterstützt den Bau des Großflughafens und damit die Schaffung von über 50.000 Arbeitsplätzen.

**CDU**  
100% Berlin

*SPD, PDS und Grüne gefährden Berlins Zukunftprojekt Nummer eins. Die CDU unterstützt den Bau des Großflughafens Schönefeld und dadurch die Schaffung von über 50.000 Arbeitsplätzen.*



# Die **antikirchliche** Haltung der SPD erhält jetzt ihre Quittung

Zur Entscheidung des Berliner Verwaltungsgewichtes, islamischen Religionsunterricht an Berliner Schulen zuzulassen, erklärte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Jochen Borchert:



Die Berliner SPD ist jetzt zum Steigbügelhalter radikaler Islamisten geworden: Denn SPD-Politik ist es zu verdanken, dass radikalen Islamisten die Berliner Grundschuldture weit offen stehen.

## Juristischer Erfolg

Die Islamische Förderation (IF) darf ab sofort in Berliner Schulen einen selbst verantworteten islamischen Religionsunterricht anbieten. Das hat das Berliner Verwaltungsgewicht entschieden. Das System des freiwilligen Religionsunterrichts, wie es von der SPD seit Jahren in Berlin verteidigt wird, hat den Islamisten diesen juristischen Erfolg beschert.

Dieses Recht steht allen religiösen Organisationen in

Berlin zu, die als Religionsgemeinschaft anerkannt werden. Während beim Wahlpflichtfach Religion der Lehrplan staatlich auf seine pädagogische und inhaltliche Qualität geprüft und verantwortet wird, liegt beim freiwilligen Religionsunterricht die Verantwortung für den Rahmenplan bei den Religionsgemeinschaften selbst. Das Verwaltungsgericht spricht dementsprechend der Schulverwaltung das Recht ab, die inhaltliche Konzeption des Religionsunterrichts zu prüfen. Dies ist um so schwerwiegender, als der Islamischen Förderation eine Nähe zum radikalen Islamismus vorgeworfen wird und unter verfassungsrechtlicher Beobachtung steht.

Seit Jahren setzen sich die CDU – ebenso wie die

beiden großen christlichen Kirchen – dafür ein, dass in Berlin das Fach Religion zum ordentlichen Wahlpflichtfach wird und somit Werte verfassungstreu und qualitativ ansprechend vermittelt werden.

## Schulbehörde machtlos

Gegen die Islamisten ist die Schulbehörde jetzt fast machtlos. Sie hat allein die Chance nachzuweisen, dass die Islamische Förderation einen „Gegenunterricht“ zu den Bildungszielen der Berliner Schule und der Wertordnung des Grundgesetzes vornimmt. Dies dürfte bei dem bildungspolitischen Elan des SPD-Senats in Wertefragen schwierig sein.

Die CDU hat vor solchen Entwicklungen immer gewarnt. Die SPD hat diese Warnungen stets in den Wind geschlagen. Die antikirchliche Haltung der Berliner SPD trägt inzwischen Früchte. Die SPD täte gut daran, dafür zu sorgen, dass Berlin ein Wahlpflichtfach Religion bekommt, wie es das Grundgesetz vorsieht.

# Mit einer **Sammelaktion** und Verkauf von Kokosnüssen hat es angefangen

In der Bundesgeschäftsstelle sind die ersten Bewerbungen um den „CDU-Bürger-Preis“ für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement eingegangen. Zwei davon stellen wir Ihnen heute vor und verbinden damit die Absicht, zur Nachahmung der Beispiele für „Bürger-sinn und Zivilcourage“ (Angela Merkel) anzuregen.

## ERSTERS BEISPIEL:

Die Jury des CDU-Landesverbands Rheinland-Pfalz hat als Landessieger in der Kategorie „International“ das *Jahrmarktgerium der katholischen Jugend Wissen* gemeldet: Seit mehr als 30 Jahren widmet auf deren Initiative hin an drei Wochenendtagen eine ganze Stadt ihr Leben einem Projekt für die Dritte Welt, nachdem die beteiligten Gruppen ein ganzes Jahr lang bereits „im Verborgenen gebastelt und gewerkelt“ haben.

Der erste Jahrmarkt 1969 war noch kein vorbereitetes Projekt, sondern eher eine spontane Sammelaktion mit dem Verkauf von Kokos-

nüssen, Früchten, Reis und galt der Bekämpfung der Hungerkatastrophe in Biafra.

■ 1971 floss ein Erlös in Höhe von 5.830 Mark nach Indien, wohin neun Millionen Bengalesen aus Ostpakistan geflohen waren. ■ 9.300 Mark brachte bereits der dritte Jahrmarkt: für die Errichtung von 50 Häusern für Menschen, die durch Hochwasser obdachlos geworden waren. ■ Mit über 10.000 Mark trug der vierte zur weltweiten Hilfsaktion für die Sahel-Zone bei. ■



Mit dem 5. Jahrmarkt 1974 hat die katholische Jugend Wissen zum ersten Mal ein ganz konkretes Projekt unterstützt und damit die Tradition begonnen, die sich bis heute fortsetzt: nämlich mit inzwischen 15.000 Mark ein Resozialisierungszentrum für Lepra-Geheilte zu unterstützen, das vom Togo-Ver-

ein des Kreises Altenkirchen unterhalten wird.

Heute sind Reinerlöse der Jahrmärkte von weit über 100.000 Mark die Regel, und mit ■ Portugal ■ Ägypten ■ Sri Lanka ■ Brasilien ■ Kenia ■ Tansania ■ Honduras ■ Ruanda ■ Kenia ■ Mocambique ■ Bolivien ■ Nicaragua ■ Panama ■ Madagaskar ■ Papua-Neuguinea und ■ Nepal ist „die ganze Welt zum Vorort“ der kleinen Stadt in Rheinland-Pfalz geworden.

Der 30. Jahrmarkt 1999 hat es auf seiner Einladung sehr schön zum Ausdruck gebracht: es „Knüpfen am Netz der Solidarität“ genannt und dafür ein Bild gefunden, auf dem zahllose

Menschen – die beiden Arme des einen an je einem Bein von zwei weiteren – miteinander verflochten sind.

In jedem Fall steht die materielle Hilfe im Vordergrund. Überall, wo sich die Wissener engagieren, ist sie bitter nötig.

Der 32. Jahrmarkt in diesem Jahr, der mit seinem Er-

lös ein Internat mit Lehrwerkstätten für „ausgestiegene“ Kindersoldaten in Sri Lanka finanziert, zeigt: Es geht auch um eine Welt, in der die Menschen friedlich miteinander zusammenleben.

Denn Ziel und Zweck des Pilotprojekts der Salesianer Don Boscos in Bonn: den Jahrhunderte alten Teufelskreis von Hass und Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singalesen zu durchbrechen.

Uneigennützig bleibt dieses Engagement allerdings nicht, selbst wenn, was für die Bürgerinnen und Bürger in Wissen dabei herauskommt, nicht berechnet ist. Das Benefiz-Konzert für ein Projekt in Nepal zeigt: nicht nur 60 Männer und Frauen, Mädchen und Jungen im Alter von zwölf bis 50 Jahren machen „mit Herz und Leidenschaft“ Musik – der Funke der Begeisterung springt auch auf das Publikum über. Im voll besetzten Jugendheim der katholischen Jugend klatschten Zuhörerinnen und Zuhörer begeistert Beifall und wollen Zugaben.

## ZWEITES BEISPIEL:

Der Kreisverband Bremerhaven hat in der Kategorie „International“ Frau Lisa Kargoscha nominiert. Der

Landesverband Bremen hat sich dieser Nominierung angeschlossen: Das Projekt sind

Hilfstransporte in die Ukraine und andere GUS-Staaten im zeitlichen Abstand von vier Wochen mit Kleidung und Nahrungsmitteln sowie Erholungsaufenthalte von Waisenkindern in Deutschland mit deren Betreuung.

„Wir haben tagelang Säcke über Säcke geschleppt,“ heißt es im Reisebericht vom Februar dieses Jahres. „48 Stunden Fahrt nach Kirowograd.“ Ankunft dort, wohin uns „unser eigentliches Anliegen“ führte: im Entbindungs Krankenhaus. „Die Neugeborenen waren in schmutzige Lumpen gewickelt.“ Und dann im „Auffanglager für Kinder, die sonst auf der Straße leben“.

Szenenwechsel: In Bremerhaven erwartet 40 ukrainische Waisen Kinder ein bunt gedeckter Tisch sowie für jedes von ihnen ein kleines Spielzeugschiff.

Die drei- bis zehnjährigen Jungen und Mädchen sind bei Gastfamilien unter-



gebracht. Stadtverordnete Lisa Kargoscha, die das alles organisiert: „Die meisten Eltern haben mehrere Kinder. Da ist es schon bemerkenswert, dass sie noch zusätzlich Besuch aufnehmen.“

Die Gleichaltrigen, Viert-Klässler der Goetheschule in Bremerhaven, nehmen auch Anteil. Jeden Freitag schmieren sie Wurst- und Käsebrötchen für den Schuliosk und tragen mit mehr als 2.400 Mark zu den Kosten des Aufenthalts der kleinen Ukrainer bei.

Kontakte, die entstehen, werden aufrechterhalten – auch über die schönen Tage hinaus, in denen sich die Kinder aus Kirowograd in Deutschland erholen.

<http://www.cdu.de/wochenthema/buerger-machen-staat/index-bms.htm>

## MAZEDONIEN

### Offenbarungseid

Der Kanzler hat den Nato-Entscheidung erst unprofessionell begleiten lassen, bekrittelte ihn dann fahrlässig, hoffte auf diplomatische Selbsterledigung durch einen Berg von Bedingungen und brauchte schließlich Wochen, um seine eigene Fraktion zu überzeugen, was ihm am Ende nicht einmal gelang. Schröder stand jetzt in einer zentralen außenpolitischen Entscheidung ohne eigene Mehrheit vor dem Parlament, was einem machtpolitischen Offenbarungseid gleichkommt.

Die Welt

### Keine Alternative

Am Ende siegte also doch die politische Vernunft. 500 Bundeswehr-Soldaten können in der Gewissheit nach Mazedonien fahren, dass eine breite Mehrheit im Parlament hinter ihnen steht. Mancher sachliche Ein-

wand ist dabei nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die Operation „Essential Harvest“ ist kein gewöhnlicher Ernteeinsatz. Kaum jemand glaubt, dass das Einsammeln einiger tausend Waffen den Durchbruch für den Friedensprozess in Mazedonien bringen wird. Zweifel sind auch erlaubt, ob sich die Aktion tatsächlich auf 30 Tage begrenzen lässt. Doch trotz aller Risiken gab es letztlich keine wirkliche Alternative.

Sächsische Zeitung

## GESUNDHEIT

### Zwang zu großen Veränderungen

In den kommenden Jahren wird in den deutschen Krankenhäusern kaum ein Stein auf dem anderen bleiben. Die geplante Einführung von leistungsorientierten Entgelten über so genannte Fallpauschalen zwingt zu großen Veränderungen. Denn die politischen Vorgaben sind klar auf Einsparungen ausgerichtet: Die Ver-

weildauer der Patienten soll verkürzt und Überkapazitäten an Betten sollen verringert werden. Wichtig ist allerdings, dass die angestrebte Qualitätssicherung vernünftig umgesetzt wird. Denn es ist natürlich nicht im Interesse des Patienten, wenn er aus Kostengründen zu früh entlassen wird. Im Augenblick liegt der Schwarze Peter bei den Krankenkassen und der Deutschen Krankenhaus-Gesellschaft. Sie müssen sich nämlich auf die Definition der 600 bis 800 Fallpauschalen einigen, die künftig abgerechnet werden. Dass das nicht einfach ist, zeigt sich schon daran, dass die verpflichtende Einführung der Fallpauschalen auf 2004 verschoben ist. Der Trend geht in den Krankenhäusern durch die Fallpauschalen zur Spezialisierung auf bestimmte Behandlungen. Für Patienten bleibt zu hoffen, dass die Versorgung weiterhin auch wohnortnah bleibt. Denn eine Operation darf kein Anlass für eine Reise durch halb Deutschland werden.

General-Anzeiger, Bonn

## ZUWANDERUNG

## Links liegen gelassen

Die grüne Kritik am Entwurf des Innenministers für ein Zuwanderungsgesetz wird jeden Tag schärfer. Noch ahnt man nur, dass es über das wichtigste innenpolitische Thema der verbleibenden Legislaturperiode zum tiefen Koalitionskrach kommen könnte. Über das eine oder andere Detail werde er noch mit sich reden lassen, hatte Schily vor einigen Wochen gesagt. Was die Grünen jetzt aber kritisieren, geht weit über Details hinaus. Innenexperte Cem Özdemir sprach vom „Duktus Manfred Kanther“, der Schilys Papier durchziehe. Die Parteiführung um Fritz Kuhn und Claudia Roth ist gefangen zwischen dem Druck aus den einigen Reihen und dem taktischen Interesse, die Koalition nicht zu gefährden. Auch wenn es bitter ist: Am Ende werden die Grünen weit weniger bekommen, als sie sich versprochen haben. Alle Sig-

nale der wichtigen Herren aus der SPD-Fraktion und aus dem Innenministerium zeigen: Wenn ein Konsens mit der Union möglich ist, wird man die Grünen links liegen lassen. Die Grünen sind nicht zu beneiden.

Der Tagesspiegel

## WÄHLER

## Unberechenbar

Zwei Mal pro Jahr haben Mitarbeiter der Adenauer-Stiftung jeweils zwischen 1600 und 4000 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger in Ost und West befragt. Deren Identifikation mit einer Partei ist über die Jahre zurückgegangen. Heute neigt nur noch die Hälfte der Wahlberechtigten einer bestimmten Partei zu. Insofern ist es nicht überraschend, dass auch die Zahl der Stammwähler deutlich abgenommen hat. Waren es bei der Union und der SPD 1990 noch 19 und 13 Prozent, sind es zurzeit nur noch zehn und acht Prozent. Der Wechselwähler gewinnt also an Be-

deutung. „Es gibt keine strukturellen Mehrheiten mehr, der Ausgang von Wahlen wird offener“, sagt Stephan Eisel, der bei der Adenauer Stiftung die Hauptabteilung Innenpolitik leitet. Der Tagesspiegel

## Teufelskreis

Der Verlust von Stammwählern nagt am Selbstbewusstsein einer Partei wie das Abwandern der Stammschaft am Stolz eines Bäckers. Wenn die Zahlen einer Studie der Adenauer-Stiftung zutreffen, dass nämlich die CDU noch zehn Prozent und die SPD lediglich acht Prozent Stammwähler habe, dann stehen die Parteichefs vor einem Problem: Für einen Wahlsieg brauchen sie immer mehr Wechselwähler; aber je weiter sie die Arme ausbreiten, um so schwächer wird die Bindung an die verbliebenen Stammwähler - und die Parteien werden zugleich programmatisch verwechselbar. Das pflegt man einen Teufelskreis zu nennen.

Frankfurter Allgemeine

REDNERPLAKATE



**CDU** » **ANGELA MERKEL**

	DIN A0	DIN A1		DIN A0	DIN A1
Biedenkopf, Kurt H.	8622	8623			
Böhr, Christoph	8474	8473			
Diepgen, Eberhard	8588	8589			
Koch, Roland	8478	8477			
Merkel, Angela	8402	8403			
Merz, Friedrich	8598	8597			
Meyer, Laurenz	8712	8713			
Müller, Peter	8480	8479			
Neumann, Bernd	8476	8475		DIN A0	DIN A1
Rühe, Volker	8188	8187	Vogel, Bernhard	8896	8895
Rüttgers, Jürgen	8052	8053	Wulff, Christian	8192	8191
Schavan, Annette	8628	8627			
Schäuble, Wolfgang	8634	8635			
Seiters, Rudolf	8170	8171			
Süssmuth, Rita	8744	8745			
Teufel, Erwin	8404	8405			

Verpackungseinheit jeweils 50 Exemplare

Preise: DIN A0 je 50 Expl.: 70,00 DM/35,79 Euro

DIN A1 je 50 Expl.: 35,00 DM/17,90 Euro

# SENIOREN UNION

## Aufnahmeantrag zur Senioren Union

Best.-Nr.: **6293**  
100 Expl.: kostenlos



## Ehrenurkunde der Senioren Union ohne Jahresangabe

Best.-Nr.: **0723**  
50 Expl.: 27,00 DM/  
13,81 EURO



## Broschüre „Alter ist nichts für Feiglinge“ Darstellung der Arbeit der Senioren Union

Best.-Nr.: **5729**  
50 Expl.: 37,50 DM/  
19,17 EURO



## Broschüre „Kritikpunkte zum Begriff Pflegebedürftigkeit“

Best.-Nr.: **5730**  
25 Expl.: 55,00 DM/  
28,12 EURO

## Satzung der Senioren Union

Best.-Nr.: **3512**  
25 Expl.: 15,00 DM/  
7,67 EURO

### BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

Höchste Zeit zum Handeln!



Organisiert gegen Kriminalität



NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT



Kurzfassung des Diskussionspapiers der CDU Deutschlands



## Broschüre „Innere Sicherheit“

Höchste Zeit zum Handeln

Bestell-Nr. **5772**

Preis je 50 Expl. 27,50 DM  
(14,06 EURO)

## Broschüre „Neue Soziale Marktwirtschaft“

Kurzfassung

Bestell-Nr. **5769**

Preis je 50 Expl. 50,00 DM  
(25,56 EURO)

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen